

Berliner Volk=Zeitung

mit täglichem
Familienblatt und
Illustr. Sonntagsblatt

Teleph. Amt 1, Nr. 10111-11048. Filialen: Prinsenzstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wilmersdamm 24, Schwanenburgerstr. 27, Königsstr. 56/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 33, Leipzigerstr. 136, Reichstr. 56, Charlottenburg, Kantstr. 34, Friedmannsplatz, Ullrichstr. 39, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Pankow, Bornholmerstr. 1, Rixdorf, Berlin (Süd) 41, Schönberg, Hauptallee 11, Wilmersdorf, Thielplatz 11, D. 10111-11048
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Erheblich täglich abwärts; Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementpreis für Berlin: 75 Pfennig monatlich; Post für den Rest Deutschlands: 90 Pfennig; für den Ausland: 1.00 Pfennig. Einzelhefte: 3 Pfennig. Kleinere Anzeigen das Wort 4 Pfennig, das letzte Ueberschreiben 10 Pfennig. Redaktion und Haupt-Expedition: Hans-Journalen-Strasse 46-48. Chefredakteur: Karl Veitroth, Berlin V.

Siehe die illustrierte Sonntagsbeilage Nr. 48.

Die Angst der Junker.

Unser Artikel über die Lehren der Reichstagserversammlungen in Landsberg-Soldin ist der Junkerpartei und ihren Exponenten mächtig in die Glieder gefahren. Das beweisen die Schimpfartikel, die in zwei hiesigen extrem-reaktionären Organen gegen unsere Darlegungen gerichtet worden sind. Von den uns geführten Beweis, daß nach den Ergebnissen der Reichstagserversammlungen von 1907 in mindestens 20 Wahlkreisen die Wiederwahl eines konservativ-agrarischen Abgeordneten bei den fünftägigen Reichstagsversammlungen möglich ist, wenn nur ein erheblicher Teil der Freisinnigen und ein Teil der Sozialdemokraten sich nicht auf die Wahlzettel in Landsberg-Soldin geben haben, in der Stichwahl für den Gegner der Konservativen und Junker stimmen würde, kann die konservativ-agrarische Presse natürlich nicht widerlegen. Die beiden reaktionären Blätter geben uns sogar rechtshaltig an, daß die Reichstagserversammlungen in Landsberg-Soldin die Reichstagserversammlungen in den kürzesten Fristen die Gefahren darzustellen, die darin liegen sollen, wenn in den in Rede stehenden 20 Wahlkreisen mit Hilfe der Freisinnigen der Sozialdemokrat und nicht der Konservative gewählt werden würde.

Gefahr im Falle, die Freisinnigen in den vor uns namentlich aufgeführten 20 Wahlkreisen hätten schon bei den allgemeinen Reichstagserversammlungen im Jahre 1907 so viel politischen Wertes an dem Tag geleistet, wie es jetzt die 3000 freisinnigen Wähler in Landsberg-Soldin bewiesen haben: Die Sozialdemokraten hätten damit 20 Sitze mehr erhalten, die Konservativen hätten 20 Sitze weniger erhalten, die Freisinnigen hätten damit noch länger die Mehrheit im Reichstage erhalten, wohl aber hätten die Konservativen und Agrarier eine beachtliche Schwächung erfahren, daß die Durchführung der „Reichsfinanzreform“ in derjenigen vollkommenen Form, in der sie jetzt die Einführung aller einseitig bindenden Menschen erregt, unmöglich gewesen wäre. Gäßen also die Freisinnigen in den in Betracht kommenden 20 Wahlkreisen diejenige Taktik verfolgt, wie sie die „Berliner Volks-Zeitung“ immer und wieder als die einzig richtige Taktik empfohlen hat, während die weite Parteileitung in ihrer Ausschließlichkeit immer für die Unterführung der konservativen und agrarischen Gegner eingetreten ist, so wäre ein Zustand geschaffen worden, der gerade vom freisinnigen Standpunkte aus durchaus mit Freuden zu begrüßen wäre. Wir freuen uns aufrichtig, daß, was das jetzt bei der Stichwahl in Landsberg-Soldin gegebene Beispiel zeigt, in den weitesten Kreisen der Menschheit, wenn nicht gerade die Freisinnigen durch ihre Stichwahlschlüsse den Junker dazu verlocken hat, im Reichstage eine so große Anzahl von Mandaten zu erhalten, daß sie nicht im erstensten Falle der Stimmen entspricht, die die Junker bei den Hauptwahlen auf ihre Kandidaten berechnigt haben.

Man erhebt eines der beiden reaktionären Organe, die gegen unsere Ausführungen polemisiert — es ist die „Deutsche Tageszeitung“ — die fürchterliche Drohung, die Junker würden, wenn ihnen die Freisinnigen die Stichwahlschlüsse entgegen verzeigten, ihren Stimmzetteln die Unterschriften der Freisinnigen setzen lassen. Das Zentralorgan des Bundes der Landwirte schreibt: „Wenn aber die freisinnige Volkspartei eine solche allgemeine Wahlparole (in der Stichwahl) zwischen einem Konservativen und Sozialdemokraten den Sozialdemokraten zu unterstellen, tatsächlich ausgeben wollte, dann würden auch die Konservativen kaum noch in der Lage sein, die freisinnigen Stichwahlmandaten gegen sozialdemokratische Gegner zu unterstellen.“ Was würde dann die Folge sein? Die freisinnigen Abgeordneten könnten in einer einzigen Drohschrift auf und gern nach dem hohen Hause am Reichstagsgebäude fahren. Die Konservativen würden also vielleicht ein Mittel ihrer Eitelkeit, die Freisinnigen aber mindestens ein Mittel der Schamhaftigkeit.

Wir glauben, das sind selten eine Behauptung begegnet ist, die so sehr zu den tatsächlichen Verhältnissen im Widerspruch steht wie diese Ausführungen des Bundesblattes. Bei den Reichstagserversammlungen im Jahre 1907 sind insgesamt 50 Abgeordnete der drei freisinnigen Parteien gewählt worden. Die Reichstagserversammlungen im Jahre 1909 sind insgesamt 50 Abgeordnete in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten mit konservativer Hilfe gewählt worden sind. Es handelt sich um die folgenden 10 Wahlkreise: Stellen 2 und 4, Rügen 2 und 3, Schleswig-Holstein 6, Königreich Sachsen 1 und 28, Württemberg 8, Oldenburg 1, Meiningen 1 und Bremen. Wie übrigens die Stichwahlen nicht nur in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten mit konservativer Hilfe gegen die Konservativen beliebt. Man sieht, wie schlecht es mit den konservativen Sache bestellt sein muß, wenn ihre Behauptungen zu derartigen Ungerechtigkeiten, wie behaupteten, führen würden, wenn die Freisinnigen oder vielmehr die freisinnige Parteileitung einzuschließen.

Die Konservativen und Bündler mögen sich überfallen halten, anderen Parteien gegenüber die „einige Drohschrift“ als Schreckmittel hinstellen. In einer einzigen Drohschrift hat einmal die ganze parlamentarische Vertretung der konservativen

Partei in Preußen Platz gefunden, als sich diese Partei in Opposition zur Regierung gestellt hatte und ihr daher der gesamte behördliche Apparat bei der Wahl entgegen worden war. In einer einzigen Drohschrift wurde auch jetzt schon die gesamte konservativ-parteiliche Partei des Reichstages Platz finden, wenn wir eine gerechte Maßfreisetzung hätten, und wenn nicht Kandidaten, Amtsverwalter und Gendarmen in Preußen die konservativen Wahlbehörden bestärken.

Nehmen wir an, die konservativen würden in den von uns aufgeführten 11 Wahlkreisen die angebotene Verzeigung überlassen. Was würde dann die Folge sein? In der Stichwahl würde nicht der Freisinnige, sondern sein sozialdemokratischer Gegner gewählt werden. Im Wahlkreis Rügen 2 (Görlitz-Gebiet) müßte dann beispielsweise Herr Mgda an und im Wahlkreis Meiningen 1 Herr Müller-Meiningen dem Sozialdemokraten unterliegen. Wir meinen, daß die Konservativen solche Verluste beinahe ebenso schmerzlich empfinden würden, als wenn sie vier der Jähren verloren hätten. Die Konservativen werden, dessen sind wir sicher, schon vom Grundsatze des kleineren Übels aus wohl fast in allen Fällen den Freisinnigen in der Stichwahl gegenüber dem Sozialdemokraten unterliegen. In Zukunft nicht den Sozialdemokraten, sondern nach dem Beispiel der Freisinnigen in Landsberg-Soldin den Konservativen als das größere Übel betrachten werden.

Baugewandlung gilt nicht! Mit betraglichen Märgen, wie sie die „Deutsche Tageszeitung“ aufwirft, wird der rapide Niedergang der konservativen nicht aufgehalten werden.

Das erste Zeichen.

Der neue Oberpräsident von Schlesien.

Mindestlich wird es klar, nach dem von vornherein nie bezweifelt haben, daß der Fürst des schlesischen Herrn v. Bethmann-Hollweg seinem nach rechts geht. Demgegenüber steht die neuere Zeit des preussischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzlers ab: die jetzt offiziell publizierte Neuweisung des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien. Die gemeldet wird, ist zum Nachfolger des am 1. Januar kommenden Jahres in den Ruhestand tretenden Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, Grafen v. Zedlitz und Grafen v. Dölling in Dölling ernannt worden.

Befragter anhaltischer Minister war ursprünglich preussischer Landrat des Kreises Glogau-Löbau und wurde als solcher zu einem der beiden „Volksvertreter“ dieses Kreises im Abgeordnetenausschusse gewählt. Graf Zedlitz ist seit dem 1. April 1908 im Reichstag vertreten und vertrat mit den anderen schlesischen Volksvertretern der großartigen Maßregelung. Wie viele seiner Weisheitsfähigkeiten, zuletzt der zum Oberpräsidenten von Westpreußen ernannte ehemalige Landrat v. Jagow, ist nun auch Herr v. Zedlitz die Treppe hinaufgefallen und auf dem Hummer über Dölling auf die erste Stufe in der preussischen Beamtenhierarchie gelangt. Daraus die Konservativen entnehmen können, daß sie trotz Abtötung der Grundsteuer und Zentrumserfolglosigkeit für die Regierung immer noch diejenigen, welche sind. Auch für Herrn v. Bethmann-Hollweg, den „philosophischen“ Reichskanzler.

Aus einer Junkerhöfburg.

Im „Allermainischer Kurier“ klagt ein Lehner in einem „Eingelände“:

Groß Admonition beschränkt sich vor einigen Jahren im Gehen aus über den reichsleichten Vertriebs! O wohl! — Bei uns heißt es: Es ist keine leichte Aufgabe der Arbeit, die Erben des Vaters, die Weltarbeit, der Forderung, dabei leidet da keine Kraft! Das hat auch die Königlich Regierung wohl eingesehen; darum verfügt sie in Bezug auf die Abzahlung der Aufhebung der Lehnerhöflichkeit seit 1. April 1908 zum 1. November 1908. Dem Lehnerperson ist nunmehr die Aufhebung sofort auszuführen. Diese Verfügung ist an sämtliche Magistrate, Orts-, Gemeinde- und Schulverbände ergangen. Was geschieht aber? Die Lehner haben bis heute noch nichts! Sie können ja, wie Richter-Verlin, warten, warten! Winter und Weihnacht ist vor der Tür! Und wie wird's werden mit meinen fünf Kindern! Und den ganzen Tag voller Sorgen! Wo ist Geld und Auszahlung?

Am Angermünde der Kreis erfolgte, wie uns von dort mitteilt wird, die Auszahlung im Juli. Aber im Kreise Rügen hat sich nichts zu tun. Bei man den Lehner vielleicht eine „Wahnsinnstunde“ für 1910 ausgedacht!

Ein Reichstagsbesuch des Kaiserpaars in Wien soll, wie von dort berichtet wird, stattfinden. Kaiser Wilhelm werde während seines Wiener Aufenthalts auf Einladung des Erzherzogs Franz Ferdinand einen Jagdausflug nach Gattisau unternehmen, wo er schon im letzten Frühjahr zur Jagd war.

Schlesische Minister in Berlin. Wie aus München und Stuttgart berichtet wird, haben sich der bayerische Ministerpräsident v. Bodanis und der württembergische Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker in „dienstlichen Angelegenheiten“ nach Berlin begeben.

Die schlesischen Angelegenheiten gegen die Deutschen wurden im Reichstagsbesuch des Kaiserpaars ebenfalls in Betracht. Die Kaiserliche Hofkapelle bei der weiteren Vernehmung der Dreifachtsentwürfe über die Regelung der nationalen Frage, von Anwendung des gegenwärtigen Regierungssystems die Folge der Constitution nicht aus der Hand zu geben. Abgeordnete v. Rollax (schlesische Kurier) erklärte, daß das Streben insbesondere der Reichstagsbesuch im Reich immer deutlicher bahnwege, sich mit dem Deutschen Reich zu einem

Staatsganges zu vereinigen. Der Alldeutsche Verband in Deutschland ließe in enger Fühlung mit ihnen. Danach würde die Verhandlung abgebrochen.

Eine Demonstration gegen die Landlords.

Wie aus London berichtet wird, wurde dort am Donnerstag vor der Liga gegen das Oberhaus eine Kundgebung veranstaltet, an der ungefähr 6000 Personen teilnahmen. Die Manifestanten gingen nach dem Parlamentsgebäude, wo sie einige Mitglieder des Oberhauses, die zufällig vorbeikamen, aufsperrten. Die Manifestanten wurden von der Polizei auseinandergetrieben. Auch der darauf von ihnen unternommene Versuch, die Mitte der um das Parlamentsgebäude angeordneten Polizeibeamten zu durchbrechen, wurde von der Polizei verhindert.

Im Oberhaus wurde die Budgetdebatte fortgesetzt. Lord Balfour, der Führer der „Konservativen“, mißbilligte eine große Anzahl von Vorschlägen der Finanzbill, worauf die Lords aber sowohl in ihrem eigenen Interesse als auch im Interesse des Landes vor falschen Schritten.

Arge antisemitische Ausschreitungen.

Sind von russischen Behörden in der Stadt Samara berichtet worden. Aus Petersburg wird darüber berichtet:

Vor wenigen Tagen wurde in Samara vor der Wajss auf Befehlung der Polizei eine Reihe Schaulustige aufgestellt, die den Befehl hatten, alle aus der Wajss tretenden Juden zu verhaften und ins Polizeigebäude zu bringen. Die Befehligen erfüllten diesen Befehl. Da sie aber weder alle Juden konnten noch alle Russen finden konnten, so wählten sie aus der Wajss herausstehenden Menschen, den sie für einen Juden hielten, und säkretirten ihn trotz heftigen Gegenwehr ins Polizeigebäude. Unter den Verhafteten finden besonders sich zwei Reichsdeutsche, die sich telegraphisch mit einer Lehrerin über die unerhörte Verwundung an ihren Konsul wanderten. Bei Polizeigebäude wurden die Verhafteten nach ihrer Prognose befragt, und wenn sie sich über ihre Verhaftung ausreden konnten, wurde sie freigelassen. Dabei wurden einzelne, die sich zu protestieren erlaubten, Schmähschreien an den Kopf geworfen. Die Vernehmung der elementarsten Bürgerrechte durch die Polizei hat die Samarische Wajssversammlung, in der übrigens die Juden die Mehrheit haben, in der Wajssigkeit, aus der Wajssigkeit. Das Wajsscomité sprach an den Landesminister ein Telegramm mit der Bitte, er möge eine beachtliche Maßnahme der Verwaltungsbekörden, die den Kampf schäbig, unmöglich machen.

In Opatowitz hielt dieser Tage in der russischen Kirche ein Mitglied des Bundes der russischen Jüden vom Kaiser eine ansehnliche Rede gegen die Juden. Als der Redner diesen Antrag ein Ende zu machen veruchte, fühlte er die Wajssbürger der Wajssigkeit ins Gesicht und schlug ungefähr seine Geknecht fort.

Die Diktatur der Militärkräfte.

Nach einem Telegramm aus Athen gestaltet sich die Lage des griechischen Kabinetts wieder kritischer, da die Militärkräfte in dringender Form eine Reinigung des Beamtenkörpers fordern. Die Zeitung „Chronos“ richtete oftendart auf Betreiben der Militärkräfte heftige Angriffe gegen den Direktor der öffentlichen Arbeiten. Da der Reichstag nicht in Athen verhandeln konnte, wurde die archaischen Institute durch das Blatt „Chronos“ in die Angelegenheit hineingezogen worden sind, haben die fremden Gesandten einen Protest an die griechische Regierung gericht.

Die spanischen Operationen in Nordmarokko sind am Donnerstag wieder aufgenommen worden. Wie aus Melilla berichtet wird, sind die Truppen, die bei dieser Stadt gelagert hatten, in der Richtung nach Ror abmarschiert.

Aus der demokratischen Bewegung.

In der letzten Vereinsversammlung des Demokratischen Vereins in Leipzig gab der Schriftführer des Vereins zunächst einen interessanten Bericht über den Verlauf der Wahl in Landsberg-Soldin auf Grund der Berichte von Zeitungen im Wahlkreis und der vorliegenden Abstimmungsprotokolle in den einzelnen Wahlkreisen. Es hat im Verein besondere Freude erregt, daß die „Volksgelung“ als erste Zeitung eine klare Wahlparole für die Wahl des Sozialdemokraten ausgegeben und ebenso fand das prompte Eingreifen der Demokratischen Vereinigung lebhaft Zustimmung. Dann hörten die zahlreich erschienenen Mitglieder einen Vortrag des Herrn Schönbeler über

Zukunftsaussicht und Demokratie.

Der Vortrag gab einen kurzen, aber außerordentlich seltens den Überblick über die politischen Theorien, dabei überall betont, daß die Sozialdemokratie sich mit den geschichtlichen Schlagworten nicht befassen solle. Die Demokratie habe mit der Sozialdemokratie den Gedanken der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung und den sozialen Gedanken gemein, beide seien aber die utopistische Idee vom Zukunftsaussicht. Wissenschaftlicher Sozialismus, wie die Marxisten Theorien, bebuden nicht in das Programm einer Partei, weil diese Theorien überholt und widerlegt werden könnten. Sie dürften nicht zum Kernstück werden. Die demokratische Bewegung ist aber auch notwendig neben der Sozialdemokratie, weil die Bevölkerungsklassen, an die die Sozialdemokratie sich wende, sie für sich allein die politische Macht gewinnen könnten. Die Demokratie vertrete vor allem auch die Schichten des Kleinbürgertums und der Beamten und Angestellten jeder Art. Vaterland ist und Freiheit müßte die Lösung der Demokratie sein. Die Ausführungen fanden auf allgemeines Zustimmung. Für den Januar hat Herr Schönbeler einen Vortrag über „Riche und Demokratie“ in Aussicht gestellt.